



*verantwortlich leben
solidarisch handeln*

Kolpingfamilie Flörsheim fordert gesetzlichen Mindestlohn

Um eine gerechte Entlohnung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Bundesrepublik sicher zu stellen, brauchen wir nach Meinung des Vorstandes der Kolpingfamilie Flörsheim einen gesetzlichen Mindestlohn. Es müssen Grenzen gegen die Ausbeutung von Arbeitnehmern gesetzt werden. Die Verantwortlichen der Kolpingfamilie schließen sich der Forderung des Bundesvorstandes des katholischen Sozialverbandes mit 270.000 Mitgliedern an. Danach wird eine Mindestvergütung gefordert, die sich nach einem jährlich zu ermittelnden sozio-kulturellen Existenzminimum richtet und nicht unter 7,50 Euro pro Stunde liegt.

Der Stundenlohn muss mindestens so bemessen sein, dass in einem Vollzeitverhältnis ein Einkommen erzielt wird, das das in den Sozialgesetzen festgelegte Existenzminimum übersteigt. Ein gerechter Lohn in diesem Sinne ist eine Grundvoraussetzung zur Wahrung der Menschenwürde! Es sei gesellschaftlich nicht zu vertreten, dass es Familien gebe, die trotz Vollerwerbstätigkeit beider Eheleute auf staatliche Transferleistungen angewiesen seien, um das Existenzminimum für sich und ihre Kinder sicherzustellen.

Wo das System tariflicher Abschlüsse nicht mehr zu angemessenen Löhnen führt und die soziale Verantwortung auf diese Weise nicht mehr zum Tragen gebracht werden kann, muss der Gesetzgeber eingreifen. Die bisherigen gesetzlichen Regelungen reichen nicht aus, ergänzt Pressesprecher Otmar Adelfang.